Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

24. März 2020

Vernehmlassung zum Vorentwurf und erläuternden Bericht zur Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben mit Schreiben vom 13. Dezember 2019 die Kantone zur Vernehmlassung zur Vernehmlassung zum Vorentwurf und erläuternden Bericht zur Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform) eingeladen. Wir haben die Unterlagen geprüft und nehmen zu den vorgeschlagenen Änderungen wie folgt Stellung:

Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen die Reform der beruflichen Vorsorge grundsätzlich und erachten die Vorlage als geeignet um das finanzielle Gleichgewicht der beruflichen Vorsorge zu verbessern.

Die Vorschläge der Sozialpartner, welche dieser Vorlage zu Grunde liegen, sind aus einem Kompromiss entstanden. Damit wurde ein fragiles Paket gebildet. Bereits kleine Änderungen beim einen oder anderen Element könnten das Gefüge ins Wanken bringen. Wir sind uns diesem erschwerenden Umstand und gleichzeitig der Dringlichkeit der Reform bewusst. Aus diesem Grund verzichten wir darauf, im Detail auf einzelne Artikel einzugehen. Vielmehr soll das Paket in der vorliegenden Form geschnürt bleiben. In diesem Sinne begrüssen wir die vorgeschlagenen Massnahmen.

Senkung des Mindestumwandlungssatzes

Eine Senkung des gesetzlichen Mindestumwandlungssatzes erachten wir angesichts der steigenden Lebenserwartung und der gegenwärtigen Finanzmarktsituation als unumgänglich. Wir begrüssen deshalb die in der Reformvorlage vorgesehene Reduktion des Mindestumwandlungssatzes von 6.8 % auf 6 %. Wir erachten diese Senkung des gesetzlichen Mindestumwandlungssatzes als Schritt in die richtige Richtung.

Einführung eines Zuschlags zur Alters- und Invalidenrente

Die Notwendigkeit einer Abfederung von Leistungseinbussen für die Übergangsgeneration ist auch für uns unbestritten. Ein fixer Rentenzuschlag als Ausgleich für die Senkung des Umwandlungssatzes kann als Kompromiss akzeptiert werden.

Senkung des Koordinationsabzuges

Wir unterstützen die Halbierung des Koordinationsabzugs als Ausgleichsmassnahme für die Senkung des BVG-Mindestumwandlungssatzes. Die höheren Beiträge in die Pensionskassen bringen allerdings auch für die Arbeitnehmenden höhere Kosten mit sich, da sie hälftig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt werden. Bei gleichbleibendem Bruttolohn führt ein höherer Koordinationsabzug ausserdem zu einem tieferen ausbezahlten Nettolohn und wir schlagen deshalb vor, einen prozentualen Koordinationsabzug nochmals zu prüfen.

Anpassung der Altersgutschriftensätze

Wir erachten die vorgesehene Staffelung der Altersgutschriften mit lediglich noch zwei Sätzen als sinnvoll.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Brigit Wyss
Frau Landammann

sig. Andreas Eng
Staatschreiber